



Detailansicht des Registereintrags

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e.V.

Aktuell seit 16.06.2025 19:08:55

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R005571
Ersteintrag:	29.12.2022
Letzte Änderung:	16.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	10.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Postfach 330447 28334 Bremen Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +4915771477711 E-Mail-Adressen: memorandum@t-online.de Webseiten: www.alternative-wirtschaftspolitik.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

60.001 bis 70.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,15

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Andrea Adrian

Funktion: stellvertr. Vereinsvorsitzende

2. Prof. Dr. Rudolf Hickel

Funktion: Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (0)

Gesamtzahl der Mitglieder:

15 Mitglieder am 30.11.2024, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (1):

1. Netzwerk Steuergerechtigkeit e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (21):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Allgemeine Energiepolitik; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Gesundheitsversorgung; Pflege; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Arbeitslosenversicherung; Grundsicherung; Rente/Alterssicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Güterverkehr; Personenverkehr; Automobilwirtschaft; Bank- und Finanzwesen; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

In der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik arbeiten Wirtschaftswissenschaftler*innen zusammen mit Gewerkschafter*innen an der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorschläge und Perspektiven. Diese orientieren sich am Ziel ökonomisch, sozial und ökologisch guter Arbeits- und Lebensbedingungen der von Erwerbsarbeit und Sozialeinkommen Abhängigen. Daher stehen im Mittelpunkt: die Sicherung guter Arbeit, die Verbesserung des Lebensstandards und der Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit sowie der ökologischen Nachhaltigkeit in Deutschland. Damit richtet sich die wirtschaftswissenschaftliche Beratung gegen Vorstellungen und Theorien, die die Beschäftigung, die Lohn- und Sozialeinkommen sowie den Umweltschutz den Gewinnen der Privatwirtschaft unterordnen. Dabei werden die einseitig kapitalorientierten Unternehmensverbände zusammen mit Teilen der Politik in Deutschland von der überwiegenden Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler*innen unterstützt. Damit wird der Eindruck verbreitet, zur aktuell betriebenen - in erster Linie auf private Gewinnförderung gerichteten - Wirtschaftspolitik gäbe es keine wissenschaftlich begründete Alternative. Dieser einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Interesse der vorherrschenden Profitjäger*innen setzt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ihre Kritik und

Gegenposition entgegen. Denn es handelt sich nicht um Sachzwänge, sondern um die Durchsetzung der Interessen der sozial unverantwortlichen Privatwirtschaft. Sie treibt die Politik des Sozialabbaus und der ungerechten Entlohnung an. Hierdurch werden Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nicht beseitigt, sondern vertieft, und die soziale Polarisierung wird vorangetrieben. Zu dieser Politik gibt es vernünftige und realistische Alternativen, die den Interessen der von Lohnarbeit und Sozialeinkommen Abhängigen dienen. Sie lassen sich allerdings nicht durch Appelle an die Einsicht der Bundesregierung durchsetzen. Vielmehr ist der Einsatz gegen die nur auf Profite setzende Privatwirtschaft auf allen Ebenen der Gesellschaft erforderlich. Wie hat sich die Arbeitsgruppe entwickelt?

Die MEMORANDUM-Gruppe legte erstmals im November 1975 (kurz nach Verabschiedung des 1. Haushaltsgesetzes, mit dem der Sozialabbau in der Bundesrepublik eingeleitet wurde) ein "MEMORANDUM für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" vor. Seit 1977 wird in jedem Jahr wenige Tage vor dem 1. Mai ein MEMORANDUM für eine alternative Wirtschaftspolitik veröffentlicht. Zusätzlich sind zahlreiche Stellungnahmen zu aktuellen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen vorgelegt worden.

An wen richten sich die MEMORANDEN?

- Die Öffentlichkeit wird wissenschaftlich fundiert darüber informiert, dass die kapitalorientierte Position, die in den Medien vorherrscht, keineswegs unbestreitbare wissenschaftliche Sachautorität für sich beanspruchen kann. Durch die Kritik an diesen Positionen und die Vorstellung von Alternativen soll eine öffentliche wirtschaftspolitische Kontroverse ermöglicht werden.
- Gleichzeitig soll die faktische Monopolstellung kapitalorientierter Wirtschaftswissenschaft an den Universitäten offengelegt und zurückgedrängt werden. Kontroversen im Sinne eines produktiven Pluralismus sind das Ziel.
- Die Gewerkschaften, Umwelt- und sozialen Bewegungen sollen bei der Diskussion ihrer Grundpositionen wissenschaftlich unterstützt werden. Es geht um den unabdingbaren sozial-ökologischen Umbau und eine beschäftigungs- und wohlstandsfördernde Wirtschaftspolitik als machbare Alternative zur herrschenden Wirtschaftspolitik!
- Wirtschaftspolitiker*innen wird die mangelnde wissenschaftliche Begründung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit ihren gesellschaftlich spalterischen Folgen präsentiert, die im Kern auf Liberalisierung, Deregulierung, Flexibilisierung und Entstaatlichung gerichtet sind. Damit wird für einen zukunftsfähigen, politischen Kurswechsel geworben.

Konkrete Regelungsvorhaben (0)

Die Interessenvertretung bezieht sich aktuell nicht auf die konkrete Änderung bestehender oder den Erlass neuer Gesetze oder Verordnungen.

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

70.001 bis 80.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[388819-Jahresabschluss-51601-2024.pdf](#)